



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 29.09.2008

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

TOP 11 bef.

Herr Erster Bürgermeister Wersch

TOP 11

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Braig

Frau Stadträtin Brunner

Frau Stadträtin Buttschardt

ohne TOP 11

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Etzinger

Frau Stadträtin Förg

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Garlin

ab TOP 2

Herr Stadtrat Gehring

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

ohne TOP 11

Frau Stadträtin Handtmann

TOP 7 bef.

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Späh

Frau Stadträtin Vollmer

bis TOP 12

Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

ohne TOP 11

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Frau Bechter, Baudezernat	bis TOP 2
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Buchmann, Kulturamt	
Herr Falk, Tiefbauamt	
Herr Fessler Ordnungsamt	bis TOP 12
Herr Katein, Stadtplanungsamt	bis TOP 2
Frau Kohler, Bauverwaltungsamt	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	ab TOP 11
Herr Lustig, Stadtplanungsamt	
Herr Maier, Personalstelle	bis TOP 3
Herr Maucher, Umweltschutzbeauftragter	
Frau Meisterhans, Stadtplanungsamt	bis TOP 2
Herr Merkle, Bauverwaltungsamt	
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung u. Sport	
Frau Morhardt, Liegenschaftsamt	ab TOP 2
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	
Herr Rückert, Bauverwaltungsamt	bis TOP 2
Herr Simon, Hauptamt	bis TOP 2
Herr Erster Bürgermeister Wersch	
Herr Winter, Stadtplanungsamt	bis TOP 2
Herr Zimmermann, Baubetriebsamt	bis TOP 2

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Neue Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes	
2.	Wiederbesetzung der Stelle "Baubürgermeister"	154/2008
3.	Bürgerfragestunde	
4.	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderats gefassten Beschlusses	177/2008
5.	Sicherheit in der Stadt Biberach	100/2008 neu
	a) Sicherheitsanalyse 2007	
	b) Kommunale Kriminalprävention	
	c) Präsenzdienst	
	- Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2008 (Kommunale Kriminalprävention)	
	- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2008 (Sicherheitskonzept für die Stadt Biberach)	
5.1.	Mobile Jugendarbeit in Biberach	181/2008
	- Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2008 (Kommunale Kriminalprävention)	
	- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2008 (Sicherheitskonzept für die Stadt Biberach)	
5.2.	Schulsozialarbeit - Verlängerung der Aufgabenübertragung an Jugend Aktiv e. V. und Ausweitung des Angebots	178/2008
6.	Änderung des Bebauungsplanes "Hagenbuch" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB	166/2008
	- Satzungsbeschluss -	
7.	Wiederaufnahme des Bebauungsplanverfahrens "Haken-Tiefenwiesen 1. Änderung" für den nördlichen Teilbereich unter der Bezeichnung "Haken-Tiefenwiesen Teil II"	167/2008
8.	Zweite Änderung der Satzung über die Regelung der Märkte der Stadt Biberach an der Riß (Marktordnung)	170/2008 + 170/2008-1
9.	5. Satzung zur Änderung der Wochen- und Jahrmarktgebührensatzung	176/2008
10.	Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie (END-Environmental Noise Direktive)	157/2008
	- Aufstellung eines Lärmaktionsplanes -	
11.	Dauerleihgabe und Aufstellen einer Holzplastik des Künstlers Klaus Prior im Verkehrskreisel "Rollinstraße/Mühlweg"	158/2008 + 158/2008-1
12.	Förderung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete	163/2008
13.	Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und der Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung	150/2008
14.	Jahresrechnung 2007 der Stadt Biberach	130/2008
15.1.	Verschiedenes: Fahrgastinformationssystem	
15.2.	Verschiedenes: Europabeauftragte	
15.3.	Verschiedenes: Pkws in Fußgängerzonen	

Die Mitglieder wurden am 24.09.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 25.09.08 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Neue Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes

OB Fettback stellt Frau Pfisterer als neue Amtsleiterin des Rechnungsprüfungsamtes vor. Er gratuliert ihr zur Wahl und lässt wissen, das Gremium habe sich ganz knapp für Frau Pfisterer entschieden. Er verstehe das Rechnungsprüfungsamt auch als Amt, das Beratung erbringe. Er wünscht Frau Pfisterer hierbei eine glückliche Hand.

Es wird applaudiert.

Frau Pfisterer dankt für die Wahl und lässt wissen, ihr Arbeitsbeginn müsse noch abgeklärt werden, da ihr bisheriger Arbeitgeber von ihrer Bewerbung keine Kenntnis habe.

Es wird applaudiert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 154/2008 zur Beratung vor. Der Gemeinderat ist aufgefordert, einen Baubürgermeister zu wählen.

OB Fettback informiert kurz über das bisherige Verfahren. Man habe zwei Bewerber, die sich in den letzten Wochen in den Fraktionen vorgestellt und dort intensive Gespräche geführt hätten. Daher sei es möglich, dass nach der Vorstellung nicht mehr viele Fragen gestellt würden, was die Zuhörer nicht irritieren dürfe. Abweichend vom üblichen Verfahren einer alphabetischen Vorstellung stelle sich zunächst Herr Kuhlmann vor, da Herr Henrich aus dem Großraum München anreise und um diese Änderung gebeten habe. Man habe die Bewerber gebeten, sich ohne technische Unterstützung vorzustellen.

Dann kommt Herr Kuhlmann in den Ratssaal und stellt sich (im Stehen) dem Gremium vor. Da er allen bekannt sei, habe er sich gefragt, was er Neues erzählen könne. Das Berufs- und Persönlichkeitsprofil eines Baubürgermeisters sei mit dem eines Stadtplanungsamtsleiters nicht vergleichbar. Er habe daher auch lange überlegt, ob dieses Amt das richtige für ihn wäre und mit vielen darüber gesprochen. Letztlich sei er zum Ergebnis gekommen, dass er sich dieses Amt zutraue und nun dem Gemeinderat einiges Neues über sich erzählen werde.

Zunächst nennt er die Beweggründe für seine Bewerbung. Er sei seit über 20 Jahren in Biberach, hier verwurzelt und heimisch. Er bezeichne Biberach als klein, fein und äußerst dynamisch. Er wolle in dieser Stadt bleiben und sie mitgestalten. Sein beruflicher Werdegang zeige, dass er sich immer Schritt für Schritt weiterentwickelt habe. Es sei ihm immer wichtig gewesen, weiter zu gehen und neue Aufgabenfelder und neue Verantwortung zu übernehmen. Seit zwei oder drei Jahren spüre er, dass die Zeit langsam reif sei, einen weiteren Schritt zu gehen. Er habe Ideen für die Stadt und kenne ihre Potentiale, wolle auf diese Einfluss nehmen. Er kenne das Baudezernat und seine Mitarbeiter sehr gut und sehe hier sehr viele Qualitäten und Potentiale, aber auch was verbesserungsfähig sei. Dies könne er nur umsetzen, wenn er Baubürgermeister werde.

Zur Rolle des Baubürgermeisters führt er aus, für ihn sei dies ein ganz neues Berufsprofil und eine neue Herausforderung. Planen und Bauen stoße auf größtes politisches Interesse. Das Amt sei Schnittstelle zwischen Fachwelt und Öffentlichkeit und spiele dabei unterschiedliche Rollen. Zum einen nennt er die des Gesprächspartners für verschiedene Gruppen, Ansprechpartner für den Gemeinderat, wobei ihm frühzeitige, durchaus kontroverse Diskussionen wichtig wären. Ferner sei der Baubürgermeister Dezernent mit anderen Dezernenten, die gemeinsam die Stadt weiterentwickelten. Er nennt die Aufgabe des Repräsentanten der Stadt nach außen und die des Vorgesetzten des stärksten Dezernats. Diese erfordere Führungsfähigkeiten und Managementfähigkeiten sowie eine stringente, effiziente Organisation.

Er habe Qualitäten für diese Stelle. Dabei nennt er 25 Jahre Berufserfahrung als Stadtplaner, die Fähigkeit zu konzeptionellem Arbeiten, eine kooperative Arbeitsweise. Er habe Stadtplanung und nicht Architektur studiert, wobei ein wesentliches Merkmal seines Studiums gewesen sei, unterschiedliche Disziplinen zu vereinen, eine ideale Voraussetzung für die Arbeit als Bau- und Planungsdezernent. Er arbeite gerne strukturiert und könne Prozesse strukturieren und visualisieren. Ferner zeichne ihn ein hohes Maß an Kreativität aus und er könne begeistern. Er sei auch offen für Innovationen und neue Arbeitstechniken. Nun stelle sich noch die Frage, nach den Vorstellungen für das neue Aufgabenfeld. In Herrn Ogertschnig habe er einen tollen Chef gehabt. Er sei ein Vor-

gesetzter gewesen, der ihn fachlich und menschlich tief beeindruckt habe. Er habe zwölf tolle Jahre zusammen mit ihm verbracht und dabei sei viel geleistet worden. Dennoch würde er manche Dinge anders machen wollen als Dezernent. Als Beispiel nennt er die Überwindung von Ämtergrenzen. Man müsse mehr miteinander statt nebeneinander oder gegeneinander arbeiten. Es müsse mit Zielen gesteuert und konkrete Aufgaben mit Zeitvorgaben zugeordnet werden. Verbesserungswürdig sei die Kommunikation der Ämter, der Dezernenten aber auch mit dem Gemeinderat und in der Öffentlichkeit. Controlling spiele eine besondere Rolle und es müsse geprüft werden, wie Prozesse ablaufen. Auch hierfür seien gute Werkzeuge am Markt. Inhaltlich wolle er die Themen weitertreiben, die bei bereits am Laufen seien. Biberach habe besondere Potentiale, wirtschaftliche Prosperität und biete enorm viele Gestaltungsspielräume. Es stünden spannende Themen an. Das Kirchturmdenken, das momentan die Arbeit im Verwaltungsraum präge, müsse aufgelöst werden und man müsse gemeinsam das Mittelzentrum Biberach stärken und weiterentwickeln. Der demographische Wandel müsse begleitet werden. Die Geschichte und das Bild der historischen Stadt müsse man als Identitätsmerkmal begreifen und umsetzen. Hier bestünden Chancen, Akzente neu zu setzen, und Veränderungen anzugehen. Für ihn als internen Bewerber spreche, dass er die Stadt und ihr Umfeld kenne und ohne Zeitverlust die Arbeit aufnehmen könnte. Er sei hoch motiviert, diese Aufgaben anzugehen und die Rolle zu übernehmen. Er traue sich diese Rolle zu und würde sich auf sie freuen. Dann hätte man statt eines Stadtplanungsamtsleiters Kuhlmann einen Baubürgermeister Kuhlmann.

Nach exakt 15 Minuten ist damit die Vorstellung von Herrn Kuhlmann beendet und es wird applaudiert.

StR Dullenkopf fragt, ob ihm eine Antwort auf eine Frage wichtig wäre, die noch nicht gestellt sei, worauf Herr Kuhlmann zu verstehen gibt, ihn interessiere die Antwort auf die Frage, ob man ihm diese Rolle anvertraue.

StR Keil erkundigt sich nach den Vorstellungen zum Thema Verkehr in der Region und zum bezahlbaren Mietwohnungsbau und ob Herr Kuhlmann sich vorstellen könne, dort etwas zu bewegen. Eine gute Erreichbarkeit sei wichtig, erklärt Herr Kuhlmann und in Biberach versuche man damit, auch eine Beruhigung der Innenstadt zu erreichen. Hierzu gehöre unter anderem eine optimale Erreichbarkeit der Gewerbegebiete und man praktiziere den Modellsplit, um wo möglich weg vom motorisierten Verkehr zu kommen.

Beim Thema Mietwohnungsbau seien die Kommunen das kleinste Rädchen, das etwas bewegen könne. Man könne darüber diskutieren, ob die Stadt selbst Geld für diesen Zweck in die Hand nehmen solle.

StR Späh spricht die ökologische und energetische Entwicklung Biberachs an. Global sei dies fast eine Überlebensfrage, weshalb auch kommunales Handeln erforderlich sei. Er fragt, ob Bebauungspläne stärker ökologisch ausgerichtet würden.

Herr Kuhlmann erwidert, Ökologie müsse man ganzheitlich betrachten, was man beispielsweise beim Stadtentwicklungsprojekt versucht habe. Beispiele seien hierbei auch die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen. Als Stadt müsse man fordern und nicht nur fördern und sei beispielsweise im Baugebiet Talfeld aktiv. Dort wolle man aufzeigen, was alles möglich sei und gute Beispiele geben.

Auf Fragen von StRin Brunner lässt er wissen, Biberach sei eine Wachstumsregion und Innenentwicklung gehe vor Außenentwicklung. Man habe einen Baulückenatlas und aktiv die Personen angeschrieben, die es betreffe, man könne aber nur 10% aktiv an den Markt bringen. Man habe viel unternommen und auch kaum Gewerbebrachen. Für den in Biberach formulierten Bedarf müsse man Angebote unterbreiten, da es unökologischer wäre, wenn man den Menschen lange Fahrwege zumuten würde. Man wolle das, was der Flächennutzungsplan ausweise, nicht alles realisieren, man müsse aber den Bedarf befriedigen. Der Gebäudeerhalt stehe grundsätzlich vor dem Abriss, sofern dies sinnvoll sei. Er stehe zu der Entscheidung in der Pfluggasse. Grenzfälle werde es immer geben. Die in Biberach ansässigen Firmen prosperierten und man müsse ihnen Angebote unterbreiten, wolle man die Wirtschaftskraft erhalten. Man müsse daher immer nachfrageorientierte Entwicklungen versuchen und im Stadtentwicklungskonzept weiterentwickeln. Vor vielen Jahren habe man ein Einzelhandelskonzept aufgestellt und lasse Märkte auf der grünen Wiese bei neuen Bebauungsplänen nicht mehr zu. Man wolle vorschlagen, künftig sogar keine Lebensmittelmärkte mehr in Gewerbegebieten zuzulassen. Die Innenstadt sei der wichtigste Einzelhandelsstandort. Viele Städte schielten schon neidisch auf Biberach, da es seine Innenstadt seit Jahren schütze.

Auf die Meinung zum Biberareal angesprochen lässt Herr Kuhlmann wissen, er halte es für akzeptabel, auch wenn eine bessere Realisierung vorstellbar gewesen wäre.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr an Herrn Kuhlmann gestellt werden, verlässt er den Ratssaal.

Dann stellt Herr Henrich sich dem Gremium vor. Dabei bringt er seine Verbundenheit zur Region zum Ausdruck und dass Biberach von der Größe und den Aufgaben gut zu seinem Lebenslauf passen würde. Er käme zurück zu Freunden und Familie. Er geht auf seine berufliche Laufbahn und anschließend auf seine Tätigkeit beim SSV Ulm ein, die in vielen Bereichen starke Eindrücke hinterlassen habe, aus der er aber auch viele Lehren gezogen habe. Man hätte einiges besser machen können. Seine Zeit in Erding sei bisher interessant und von großer Aufgabenvielfalt in insgesamt sechs Sachgebieten gekennzeichnet. Er nennt sie und zeigt dabei die Breite des Aufgabenspektrums auf. Dieses sei in vielen Punkten deckungsgleich mit Biberach. Die Innenstadtsanierung in Erding sei abgeschlossen. Erding sei ein anderes Konzept gegangen und habe zunächst Straßen, Wege und Plätze saniert. Ein wesentlicher Teil seiner Aufgabe sei auch die Stadtplanung. Er würde sich freuen, wenn Wert auf seine in diesen Gebieten erzielten Erfahrungen gelegt und er zum Baubürgermeister in Biberach gewählt würde.

Seine Vorstellung dauert knapp zehn Minuten und es wird anschließend applaudiert.

StR Keil spricht die wachsende Bedeutung des ÖPNVs an und fragt Herrn Henrich nach der Bedeutung Biberachs und stadtplanerischen Entwicklungen.

Herr Henrich gibt zu verstehen, er habe das Stadtentwicklungskonzept sehr genau gelesen, wobei ihm ein Satz zum ÖPNV sehr zu denken gegeben habe. Dabei sei von der Attraktivierung des Verkehrsflusses durch Busspuren und ähnliches die Rede, welche aufgrund der engen Stadt problematisch sei. Bei der Stadtplanung gehe die Innenentwicklung prinzipiell immer vor der Außenentwicklung. Auf der grünen Wiese werde weniger entwickelt und man verfolge damit die große Hoffnung, dass die meisten Wege zu Fuß zurückgelegt werden könnten, was den motorisierten Individualverkehr abnehmen ließe. Zur Frage ökologischer Entwicklungen und der Ausrichtung von Bebauungsplänen gibt er zu verstehen, die neuesten Verordnungen seien ihm bekannt. Das

erneuerbare Energiegesetz, das auf die europäische Energieverordnung zurückgehe, greife schon nicht mehr was verdeutliche, dass gesetzliche Vorgaben schwach seien. Alles werde nur vom Markt geregelt. Daher seien von den Städten entsprechende Angebote erforderlich, zum Beispiel durch eine entsprechende Ausrichtung der Gebäude. Die Architekten müssten begreifen, dass Energie gestaltgebend sei und dies bei der Planung berücksichtigen. Dies wäre seines Erachtens über Bebauungspläne regelbar, wobei man nicht alles regeln könne. Manches könne nur über Städtebauliche Verträge geregelt werden. Zur Entwicklung vermute er, dass dichter und kompakt gebaut werde und man immer mehr darauf achten müsse, energetisch zu bauen. Dies müsse zur Selbstverständlichkeit werden. Weiter führt er aus, begleitend zur Nachverdichtung müsse man Stellplatzfragen klären, da dies in Innenstädten ohnehin ein Problem sei. Nachverdichtungen müssten da erfolgen, wo sie möglich seien und die Rahmenbedingungen hierfür müssten gegeben sein. Ob man ein Gebäude in der Innenstadt erhalten könne oder ein Neubau besser sei, müsse im Einzelfall entschieden werden. Eine Konzentration von Gewerbegebieten sei aufgrund der besseren Verkehrsanbindung immer anzustreben. Solange die Innenstadtsanierung nicht abgeschlossen sei, müsse man auf jeden Fall bei Gewerbegebieten innenstadtrelevante Sortimente bei großflächigem Einzelhandel ausschließen.

Nachdem keine Fragen mehr an Herrn Henrich offen sind, wird applaudiert und er verlässt den Ratssaal. Anschließend wird die Sitzung von 19:00 Uhr bis 19:05 Uhr zur Fraktionsberatung unterbrochen.

Danach findet geheime Wahl mit vorbereiteten Stimmzetteln statt. Zur Auswahlkommission werden die StRe Buttschardt und Wiest bestellt.

Es sind 31 Stimmberechtigte anwesend. Von diesen entfallen auf Herrn Henrich 13 und Herrn Kuhlmann 18 Stimmen.

Damit ist Herr Kuhlmann im ersten Wahlgang zum Baubürgermeister für die Stadt Biberach gewählt.

OB Fettback holt Herrn Kuhlmann unter Applaus in den Ratssaal und gratuliert ihm namens Gemeinderat und Verwaltung herzlich zur Wahl. Er habe wichtige Entwicklungen skizziert und man sei gespannt, wie er das neue Amt ausüben werde.

Herr Kuhlmann bringt seine große Freude über die Wahl zum Ausdruck. Er werde alles versuchen, um seine Ausführungen Realität werden zu lassen. Hierbei bitte er um Unterstützung. Wenn etwas nicht wie gewünscht laufe, solle man ihm dies mitteilen.

TOP 3 Bürgerfragestunde

Frau Hannegret Haas fragt, warum man es dazu habe kommen lassen, dass sich bei wesentlichen Stellen nur zwei Bewerber dem Gemeinderat vorstellten. Wenn es an der Qualität der Konkurrenten gefehlt habe, hätte dies durch die Einladung von zwei weiteren Bewerbern dokumentiert werden können.

OB Fettback bedauert diese Frage. Man habe zwei gute Bewerber gehabt und es habe sich auch um eine richtige Wahl gehandelt. Man habe auch schon Stellenentscheidungen mit nur einem Bewerber getroffen. Es sei eine Auswahlkommission vorgeschaltet gewesen, die Vertreter aller Gruppierungen enthalten habe. Dabei sei man sich einig gewesen, die beiden Bewerber im Gemeinderat zu präsentieren. Man wolle nicht, dass sich jemand vorstelle, den man für nicht wählbar erachte, da dies undemokratisch wäre.

**TOP 4 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderats
gefassten Beschlusses**

177/2008

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 177/2008 zur Information vor.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

a) Sicherheitsanalyse 2007

b) Kommunale Kriminalprävention

c) Präsenzdienst

- Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2008 (Kommunale Kriminalprävention)

- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2008 (Sicherheitskonzept für die Stadt Biberach)

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 100/2008 neu zur Information vor. Zur Diskussion werden gleichzeitig die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 aufgerufen. Die Beschlussfassung zu diesen Punkten wird nachfolgend protokolliert.

OB Fettback führt ins Thema ein und lässt wissen, es habe bereits eine konstruktive nichtöffentliche Beratung im Gemeinderat stattgefunden. Dabei sei man sich einig gewesen, dass die Arbeitskreise im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention aktualisiert werden müssten. Manche von ihnen seien nicht mehr aktiv. Man wolle den Präsenzdienst ausdehnen und zum Stellenplan werde eine zusätzliche Stelle beim städtischen Vollzugsdienst beantragt. Man wolle mehr Kontrolle auf öffentlichen Wegen und Plätzen, was eine hoheitliche Aufgabe sei. Die Schulsozialarbeit solle ausgebaut werden und mit der mobilen Jugendarbeit wolle man sich einer neuen Aufgabe annehmen. Dies solle ein klares Zeichen an die jungen Menschen sein, die teilweise große Sorgen bereiteten und denen man zeigen wolle, dass man sie nicht verloren gebe. Abschließend lässt er wissen, dass man am 03.11.08 zu diesem Thema eine Bürgerversammlung durchführen wolle.

StR Abele bemerkt, Gewalt gegen Personen oder Sachen, Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Begleiterscheinungen wie Vermüllung seien immer wieder an der Tagesordnung. Auch wenn die Lage in Biberach relativ sicher sei, sei jeder Vorgang einer zuviel und berühre das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Dem wolle man entgegenwirken. Der Handlungsbedarf sei in einigen Fraktionen aufgegriffen worden, Anträge hierzu gestellt worden. Er zitiert aus dem CDU-Antrag. Die Verwaltungsvorlagen entsprächen umfänglich diesen Forderungen, weshalb die CDU-Fraktion den Beschlussanträgen zustimme. So sei an eine Verzahnung und Ausweitung des städtischen Vollzugsdienstes mit dem Präsenzdienst gedacht. Er dankt in diesem Zusammenhang dem Dornahof für dieses gute Angebot. Das dargelegte Konzept erscheine schlüssig, wobei Details der Stellenausgestaltung für den zusätzlichen Vollzugsbeamten im Rahmen der Stellenplanberatungen erfolgen müssten. Daneben existierende Möglichkeiten wie der blaue Brief und Platzverweise müssten weiterhin greifen. Die Prävention sehe vier Handlungsfelder vor. Dies sei einmal die Verbandsschiene. Man wolle eine stärkere Einbindung der Vereine, die sehr viel leisteten und Hilfestellung benötigten. Dies könne beispielsweise ein Ansprechpartner sein oder Fortbildungsangebote. Man denke auch an eine Einbindung des Stadtjugendrings. Ein weiteres Handlungsfeld stelle die offene Jugendarbeit dar. Man arbeite seit Jahren erfolgreich mit Jugend Aktiv zusammen und die Stadt stelle die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Nun sollten die mobile Jugendarbeit und die Schulsozialarbeit ausgeweitet werden. Es sei ein Stellenbedarf von 3,5 Stellen beziffert worden. Es sei gut, diese bei der Sozialarbeit von Jugend Aktiv anzusiedeln, da so eine soziale und fachliche Vernetzung stattfinden könne. Da man einen transparenten Prozess wünsche, müssten jährliche Berichte und ein Überblick über die Maßnahmen der Arbeitskreise vorgelegt werden, damit der Gemeinderat gegebenenfalls steuernd eingreifen könne. Die Lenkungsgruppe müsse klare Ziele formulieren und den Prozess evaluieren. Eine Befristung der Maßnahmen sei wichtig, wobei man von deren Erfolg ausgehe. Falls dieser nicht eintreten sollte, müsse

man aber auch den Mut haben, den Prozess zu stoppen. Das Thema in einer Bürgerversammlung abzuhandeln bezeichnet er als guten Ansatz.

StR Keil führt aus, Biberach sei eine friedliche, eine einladende, offene und lebendige Stadt. Das oberste Ziel sei, dass man niemanden vertreiben wolle. Probleme bereiteten manche Jugendliche und Erwachsene. Jugendliche könne man noch am ehesten lenken, weshalb präventive Maßnahmen wichtig seien. Von der Verwaltung erwarte man auch mutige Schritte und unterstütze sie darin. Beispielsweise sei vorstellbar, an manchen Stellen das Alkoholangebot, das sehr niederschwellig sei, einzudämmen. Nicht alle gesetzlichen Freiräume, die die Gaststättenverordnung einräume, seien problemlos umsetzbar. Man unterstütze den Prozess durch die Einbeziehung aller relevanten Gruppen in die Lenkungsgruppe, was auch ein Zeichen dafür sei, dass man dies als Aufgabe der Stadt und somit aller Bürger sehe. Viele Jugendliche seien körperlich krank und es erfülle mit Freude, dass das Land Baden-Württemberg die aufsuchende Jugendarbeit unterstütze. Dabei gehe es auch um erzieherischen Jugendschutz. Die Schulsozialarbeit bezeichnet er als notwendig. Sie verhindere, dass Jugendliche auffällig würden. Bedauerlich sei, dass die bauliche Erweiterung der Gaisental-Grundschule zur Ganztagschule noch wenig konkret sei, wobei man auf den neuen Baubürgermeister setze. Man sei gespannt auf die ersten Berichte, sei sich aber im klaren darüber, dass dies einige Zeit dauern könne.

StRin Goeth betont, Biberach sei keine Kriminalhochburg, sondern der Kreis zähle zu den sichersten Regionen. Dennoch nehme das subjektive Sicherheitsgefühl beispielsweise durch betrunkene Jugendliche ab. Auch wenn es sich nur um Einzelfälle handle, dürfe man die Stadt nicht einigen chaotischen Straftätern überlassen. Mehr als ein Drittel der Straftaten würden in der Innenstadt und dabei zu über 40% von Jugendlichen begangen. Ferner verzeichne man Ordnungsstörungen, die stark in die Öffentlichkeit strahlten und Unsicherheit verursachten. Die Freien Wähler hätten bereits zum Haushalt erklärt, dass in die Sicherheit investiert werden müsse. Die Vorlagen würden dieser Forderung in allen Punkten gerecht. Prävention sei erforderlich. Man müsse sich direkt mit den Menschen auseinandersetzen. Für Jugend Aktiv stelle sich eine große Aufgabe, deren Erfolg vom geeigneten Personal abhängig sei. Hierfür wünschten die Freien Wähler viel Erfolg.

StR Späh meint, Sicherheit sei immer ein subjektives Gefühl und von einzelnen Erfahrungen abhängig. Man müsse sich dem Sicherheitsempfinden der Bürger annehmen und dieses stärken. Dabei sei Prävention der richtige Ansatz. Der Präsenzdienst leiste bereits jetzt gute Arbeit und man stimme einer Stärkung durch den Vollzugsdienst zu. Der massive Alkohol- und Drogenmissbrauch bereite Sorge. Die Novellierung des Gaststättengesetzes sei aus kommunaler Sicht ein Rückschritt. Gleiches treffe für die Gaststättenverordnung zu. Mit der Schulsozialarbeit und der mobilen Jugendarbeit biete man künftig eine breite Angebotspalette. Die Messbarkeit des Erfolgs dieser Maßnahmen, vor allem der offenen Jugendarbeit, sei sicher schwer. Er meint, der Landkreis müsse stärker gefordert werden und sich auch finanziell einbringen. Es dürfe nicht alles an der Stadt hängen bleiben. Der Vorstand von Jugend Aktiv stehe voll hinter den Beschlussanträgen.

StR Braig bemerkt, nach Auskunft von Herrn Högerle verzeichne man in Biberach bereits Beschäftigungskriminalität, was mit Alkoholmissbrauch nicht begründet werden könne. Es existierten auch Grauzonen, weshalb ein abgestuftes Konzept richtig sei. Die aufsuchende offene Jugendarbeit biete wichtige Unterstützung im Konzept von Jugend Aktiv. Hierfür benötige man erfahrenes Personal, möglichst mit ethnischem Hintergrund, weshalb die Stellen ordentlich dotiert werden müssten. Sollte es nicht gelingen, geeignetes Personal zu finden, müsse man die Stellen eventuell mit mehr Geld ausstatten. Er bezeichnet es als wichtig, nicht nur pädagogisch mit Schulsozialar-

beit und ähnlichem tätig zu sein, sondern auch die Repression nicht zu kurz zu halten. Er seien täglich Kriminalitätsfälle in der Innenstadt festzustellen, womit man nicht spaßen dürfe.

StRin Kapfer bezeichnet es als wichtig und richtig, den aufgezeigten Weg zu gehen. Dies sei aber kein Allheilmittel. Die Institutionalisierung entbinde die Gesellschaft nicht von sozialer Verantwortung. Eventuell könne man über die Arbeitskreise die Zivilcourage wieder ins Bewusstsein rufen und thematisieren.

OB Fettback bestätigt, die Stadt gehe mit diesen Maßnahmen eindeutig in Vorleistung. Die personelle Ausstattung der Polizei sei schlecht. Der Landkreis trete für die Ausdehnung der Schulsozialarbeit ein, wofür er dankt. Der Landkreis stehe inhaltlich voll hinter dem Gesamtkonzept und begrüße dieses. Es sei avisiert worden gegebenenfalls Projektfördermittel zu erhalten.

Damit hat der Gemeinderat von Drucksache Nr. 100/2008 neu Kenntnis genommen.

- Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2008

(Kommunale Kriminalprävention)

- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2008 (Sicherheitskonzept für die Stadt Biberach)

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 181/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Diskussion fand bei Tagesordnungspunkt 5 statt und ist dort protokolliert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt mit Jugend Aktiv e.V. eine Vereinbarung über Mobile Jugendarbeit in Biberach zu treffen. Die Mitarbeiter der Mobilen Jugendarbeit sollen in Biberach „auf der Straße“ den Kontakt zu Jugendlichen herstellen und pflegen, die erhebliche Probleme zeigen und weder durch Schulsozialarbeit in ausreichendem Maße individuell betreut werden können, noch in Angebote der offenen oder Vereins-Jugendarbeit integrierbar erscheinen. Für die Aufgaben wird Jugend Aktiv mit Personal-, Sach- und Verwaltungsmitteln ausgestattet.**
- 2. Diese Mobile Jugendarbeit soll von Jugend Aktiv e. V. als Anstellungsträger mit 2 vollen Stellen mit 100 % ausgestattet sein. Diese Stellen werden von Jugend Aktiv e. V. mit qualifizierten, gut ausgebildeten Mitarbeitern besetzt. Jugend Aktiv e. V. leitet die Mitarbeiter fachlich an und bietet für sie Supervisions – , Fortbildungsstrukturen und übernimmt die Fachaufsicht. Ein Kontaktbüro wird eingerichtet.**
- 3. Zur Finanzierung dieses Arbeitsbereiches bei Jugend Aktiv e. V. wird ab dem Jahr 2009 im Haushalt der Stadt Biberach im Unterabschnitt 1.4600 Förderung der Jugendhilfe der Betrag von insgesamt 111.400 € eingesetzt.**
- 4. Das Konzept wird im Jahr 2012 überprüft und ggf. verändert.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 178/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Diskussion fand bei Tagesordnungspunkt 5 statt und ist dort protokolliert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Vertrag mit Jugend Aktiv e. V. über die Durchführung der Schulsozialarbeit an der Mali-Hauptschule und an der Pflugschule-Förderschule wird um 3 Jahre, bis zum 31.07.2011 verlängert.**
- 2. Der Einführung der Schulsozialarbeit an der Braith-Grundschule, Mittelberg-Grundschule, Gaisental-Grundschule und der Dollinger-Realschule mit einem Stellenumfang von insgesamt 1,50 Stellen wird für die Dauer von 3 Jahren, bis zum 31.07.2011 zugestimmt.**
- 3. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Schulsozialarbeit an den unter Ziff. 2 genannten Schulen wird der Verein Jugend Aktiv e. V. beauftragt. Die Verwaltung wird ermächtigt, den bestehenden Vertrag mit Jugend Aktiv entsprechend anzupassen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 166/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 15.09.08.

OB Fettback verweist auf die öffentliche Vorberatung.

Dem schließt sich StR Kolesch an. Man habe einen Kompromiss versucht und sich sehr um Gerechtigkeit bemüht. Ein Problem stelle die Änderung der Zufahrt dar, man wolle aber deswegen den Bebauungsplan nicht ins Stocken bringen. Man habe die Bedenken im Bauausschuss artikuliert. Da eine Realisierung ohne Zustimmung der Grundstückseigentümer nicht funktioniere, sehe man jedoch keine Gefahr, jetzt zuzustimmen.

StR Dr. Nuding kündigt weitgehende Zustimmung der SPD-Fraktion an. Er spricht sich allerdings dafür aus, die Einmündung zu belassen beziehungsweise einen Flächenausgleich zu versuchen.

BM Ogertschnig führt aus, die im Plan gelb angelegten Flächen sollten die Befahrbarkeit verbessern. Dies sei eine Forderung der Landwirtschaft. Die Aussagen von StR Kolesch seien zutreffend. Man müsse diskutieren, wie der Ausbau erfolge. Dies sei im Bauausschuss zu behandeln. Die Verwaltung gehe nicht davon aus, dass alles asphaltiert würde.

StR Rieger lässt wissen, die Freien Wähler stimmten mehrheitlich für den Satzungsbeschluss.

StR Weber lässt wissen, die Grünen hätten im Bauausschuss mehrheitlich zugestimmt. Er habe sich enthalten. Wäre im Bauausschuss dargelegt worden, dass praktisch nicht anders verfahren werden könne, hätte man sich die heutige Diskussion erspart.

StRin Vollmer kündigt ihre Gegenstimme an. Die Gründe dafür habe sie im Bauausschuss genannt.

OB Fettback **sagt zu**, sollte es je zu einem Ausbau dieser Zufahrt kommen, werde dies vorab im Bauausschuss behandelt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Nein-Stimme (StRin Vollmer), 3 Enthaltungen (StRe Dr. Nuding, Pfender, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 166/2008 formulierten Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen von Hagenbucher Bürgern werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern gem. § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitzuteilen als das Ergebnis ihrer Anregungen.**
- 2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird der Bebauungsplan „Hagenbuch“ i. d. F. des Deckblattes vom 02.06.2008 Index 3 nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

TOP 7 Wiederaufnahme des Bebauungsplanverfahrens "Haken-Tiefenwiesen 167/2008
1. Änderung" für den nördlichen Teilbereich unter der Bezeichnung
"Haken-Tiefenwiesen Teil II"

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 167/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 15.09.08.

StRin Handtmann ist befangen und verlässt den Ratstisch.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 27.08.2008, Plan Nr. 08-036, umrandete Gebiet wird das Bebauungsplanverfahren unter der Bezeichnung „Haken-Tiefenwiesen Teil II“ fortgeführt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügte Drucksache Nr. 170/2008 zur Beratung vor. Aufgrund der Vorberatung im Hauptausschuss am 18.09.08 erfolgten einige Änderungen, die in Drucksache Nr. 170/2008-1 festgehalten sind, die dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

Zur Beratung wird gleichzeitig die Drucksache Nr. 176/2008 aufgerufen, deren Beschlussfassung im folgenden Tagesordnungspunkt protokolliert wird.

StR Dullenkopf bringt vor, bereits zum Haushalt 2007 habe man beantragt darzustellen, ob die Jahrmärkte reduziert werden könnten. Eine große Mehrheit der CDU-Fraktion sei derselben Meinung wie die Verwaltung, dass man nichts gegen den Willen der Beschicker verändern könne.

StRin Goeth bezeichnet die Jahrmärkte als sehr beliebt. Der Einzelhandel profitiere von ihnen kaum, aber die Gastronomie. Von Sportveranstaltungen profitiere der Einzelhandel auch nicht und man investiere dennoch viel in sie. Man solle daher die Jahrmärkte belassen wie sie seien. Sie bezeichnet es als ärgerlich, dass sich die höheren Marktgebühren auch auf Beschicker auswirkten, die von den zusätzlichen Stromkästen keinen Nutzen hätten.

StR Gehring bezeichnet es als entscheidend, dass Besucher und Beschicker auf die Märkte kämen, weshalb man diese fortsetzen solle.

StR Kolesch zeigt sich persönlich enttäuscht, da keine inhaltliche Diskussion stattfinde. Man habe vor zwei Jahren einen Antrag gestellt, mit dem man eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Jahrmärkten angestrebt habe, die nicht erfolgt sei. Er habe den Verdacht, die Verwaltung habe keine Lust, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Dabei sei er ergebnisoffen. Festzustellen sei, dass die Attraktivität der Jahrmärkte zurückgehe. Es fänden keine Innovationen statt. Tradition sei gut, man müsse sie aber fortführen und weiterentwickeln. In der Vorlage werde nur rechtlich argumentiert und er glaube nicht, dass eine Abschaffung der Jahrmärkte nicht zulässig wäre. Er erkundigt sich nach der Umfrage des Stadtmarketings zu den Jahrmärkten und wirft die Frage auf, ob es nicht vorgelegt werde, da sein Ergebnis nicht den Erwartungen entspreche. Er lehne die Vorlage ab, da man sich mit dem Thema eigentlich nicht auseinandersetze.

StR Lemli bemerkt, die SPD-Fraktion halte eine attraktive Innenstadt für erforderlich. Für eine Diskussion sei die angekündigte Vorlage des Stadtmarketings erforderlich, da dies mit den vorgelegten Informationen nicht möglich sei.

OB Fettback meint, man könne sich vielleicht eine Attraktivitätssteigerung der Märkte überlegen und das Stadtmarketing sich mit dem Thema beschäftigen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 2 Nein-Stimmen (StRe Kolesch, Zügel), 1 Enthaltung (StR Lemli) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die in Anlage 1 dargestellte zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Regelung der Märkte der Stadt Biberach an der Riß (Marktordnung) vom 11. Dezember 1989 wird genehmigt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügte Drucksache Nr. 176/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 18.09.08.

Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt ist beim vorhergehenden Protokollpunkt festhalten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Nein-Stimmen (StRe Kolesch, Zügel), 1 Enthaltung (StR Lemli) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die in Anlage 1 dargestellte 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Biberach an der Riß über die Erhebung von Benutzungsgebühren beim Wochen- und Jahrmarkt (Wochen- und Jahrmarktgebührensatzung) vom 11. Dezember 1989 wird genehmigt.

Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 25.000 € wird zugestimmt. Die Deckung ist gewährleistet durch geringere Ausgaben beim Erwerb von Grundstücken.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 157/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 15.09.08.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Lärmaktionsplan für die betroffenen Bereiche entlang der L 267 (Ulmer Straße) und der B 465 (Memminger Straße) aufzustellen.**
- 2. Als Auslösewert wird in der ersten Stufe die Überschreitung der Werte 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts zugrunde gelegt.**
- 3. Das Beteiligungsverfahren der Bürger und Träger öffentlicher Belange soll analog dem in Biberach üblichen Verfahren zur Bebauungsaufstellung durchgeführt werden.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 158/2008 zur Beratung vor. Das Vorberatungsergebnis des Bauausschusses ist in Drucksache Nr. 158/2008-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback sowie die StRe Hagel und Wiest sind befangen und begeben sich in die Zuschauerreihen.

EBM Wersch verweist auf die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses und gibt zu verstehen, dass die vertragliche Regelung zur Beseitigung natürlich mit angemessener Frist versehen werden müsse. Dies sei im Detail zu regeln.

BM Ogertschnig spricht das Jubiläum 100 Jahre Baugenossenschaft an. Diese habe immens viel für die Stadt geleistet und Gebiete wie Sandberg und Fünf Linden wären ohne sie nicht leistungsfähig gewesen. Die Baugenossenschaft habe immer sehr konstruktiv mit der Stadt zusammengearbeitet. Dies könne auch durch die geplante Kunst im öffentlichen Raum, die für Biberach gemacht würde, dokumentiert werden.

StR Kolesch bezeichnet es als positiv, dass die Baugenossenschaft Geld für Kunst im öffentlichen Raum zur Verfügung stelle. Seines Erachtens handle es sich um eine hervorragende Wahl auch von der Art der Erstellung. Er dankt der Baugenossenschaft.

StR Lemli schließt sich dem Dank an und meint, das Kunstwerk werde den Kreisel sicher auf.

StRin Goeth signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Man wolle nur nicht, dass sich dasselbe ereigne wie beim Brunnen im Spitalhof, weshalb man die vertragliche Regelung einer Beseitigungsmöglichkeit beantragt habe.

Die Grünen stimmten grundsätzlich zu, lässt StR Späh wissen. Problematisch werde die Größe und das eventuelle Entstehen eines toten Winkels betrachtet. Man hoffe, dass keine Verkehrsbeeinträchtigung entstehe. Die beantragte Ergänzung sei seines Erachtens problematisch, da dies den Wert des Kunstwerks relativiere. Wenn man sich für Kunst entscheide, müsse man auch zu ihr stehen, auch wenn es immer unterschiedliche Kunstbewertungen in der Bevölkerung geben werde.

StR Braig lässt wissen, die FDP unterstütze den Zusatz.

StR Zügel stellt klar, der Zusatz bedeute kein vorausschauendes Misstrauen, sondern man wolle nachfolgende Gemeinderäte oder andere Geschmacksrichtungen nicht zu sehr binden. Man habe auch Respekt vor der Entscheidungsfreiheit von nachfolgenden Generationen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Dullenkopf, Späh) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die Dauerleihgabe wird angenommen und die städtische Fläche im Verkehrskreis Rollinstraße / Mühlweg zum Aufstellen der Holzplastik des Künstlers Klaus Prior zur Verfügung gestellt.**

Es ist vertraglich zu regeln, dass die Holzplastik jederzeit beseitigt werden kann.

- 2. Die Stadt Biberach erstellt auf eigene Kosten das dazu notwendige Fundament.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 163/2008 zur Beschlussfassung vor. Der Bauausschuss empfahl die Vorlage in seiner Sitzung am 15.09.08 einstimmig zur Beschlussfassung.

BM Ogertschnig führt aus, wo möglich wolle man Altes bewahren und wo erforderlich Neues wagen. Es sei ein ehrgeiziges Projekt und der Gemeinderat entscheide im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen über die Programmhöhe.

OB Fettback weist noch darauf hin, die in Ziffer 4 beabsichtigte Festlegung der Zuständigkeit sei mit der Gemeindeordnung vereinbar, da die Grundsatzentscheidung vom Gemeinderat jetzt getroffen werde. Im Einzelfall könnten dann Entscheidungen auf Ausschüsse delegiert werden.

StR Kolesch bemerkt, man habe viele Sanierungsmittel für öffentliche Gebäude und den öffentlichen Raum investiert. Es bestünden noch viele sanierungswürdige Gebäude, was die Aufstellung dokumentiere. Daher sei es richtig, wenn die Stadt in einer Zeit, in der sie das erforderliche Geld habe, aktiv werde, um diese Gebäude zu erhalten. Man sei sich bewusst, dass in Zeiten engerer Finanzmittel die Haushaltsmittel gegebenenfalls auf den Prüfstand gestellt werden müssten. Problematisch werde sicher, welche Gebäude man im Einzelfall als stadtbildprägend definieren werde. Man habe hierüber im Bauausschuss diskutiert und die Verwaltung habe zugesagt, Überlegungen für objektivierbare Maßstäbe vorzulegen.

StR Keil bemerkt, mit dem Begriff stadtbildprägende Gebäude führe man eine neue Kategorie ein. Dies sei gut. Er wirft die Frage auf, ob die Sanierungsgesellschaft nicht zu schnell aufgelöst worden sei, da nach wie vor Arbeit für sie vorhanden sei, wobei der Prozess sicher langsam von staten gehen werde.

BM Ogertschnig lässt wissen, in die Überprüfung der stadtbildprägenden Gebäude werde das Landesdenkmalamt eingeschaltet. Zum Teil handle es sich um subjektives Empfinden. Man habe alle Gebäude für die Quartiere aufgelistet, die das Ensemble ausmachten. Das Landesdenkmalamt überprüfe die Kartierung und dann werde sie erneut im Bauausschuss vorgelegt.

StR Rieger bezeichnet die Maßnahme als gutes und wichtiges Mittel zum Erhalt stadtbildprägender Gebäude. Gerechtigkeit bei der Mittelvergabe sei wichtig.

StR Weber zeigt sich namens der Grünen außerordentlich erfreut über dieses ehrgeizige Projekt. Äußere Fassaden machten auch die gute Stube einer Stadt aus. Eine Einzelfallentscheidung sei sinnvoll.

StR Braig bemerkt, in den Sanierungsgebieten habe man zum Großteil Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt. Daher sei es jetzt richtig, Investoren zu helfen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete der Biberacher Altstadt werden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen von denkmalgeschützten bzw. Stadtbild prägenden Gebäuden gefördert.**
- 2. Die Förderung erfolgt nach den bisher gültigen Sanierungsrichtlinien in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten.**
- 3. Für den Haushaltsplan 2009 beabsichtigt die Verwaltung auf Haushaltsstelle 2.3420.987100.0 die Mittel erheblich aufzustocken. Die Entscheidung der Mittelbereitstellung erfolgt im jeweiligen Haushaltsplan.**
- 4. Über die Vergabe der Mittel entscheidet ab 10.000 € der Bauausschuss.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 150/2008 zur Beschlussfassung vor.

StR Dullenkopf bezeichnet die Vorlage als wichtig und einen guten Bericht. Man habe mehrfach das Thema Gebührengerechtigkeit thematisiert. Jemand der wegziehe erhalte zu viel bezahlte Gebühren nicht zurück und Neuzuzüge profitierten gegebenenfalls von etwas, das sie nicht finanziert hätten. Offensichtlich sei das Problem für 2006 nicht besonders gut gelöst worden. Hieran müsse man arbeiten.

StR Dr. Nuding dankt für die gute Vorlage und das relativ gute Ergebnis. Tendenz sei, Rückstellungen zu bilden. Eine Rückführung des Gewinns, wie von der Rechnungsprüfung gefordert, würde sich nicht lange auswirken. Bei künftig anstehenden Gebührenerhöhungen müsse man eventuell eine Gebührenfestschreibung überlegen.

StR Zügel bezeichnet die Vorlage als unproblematisch, man benötige jedoch eine Grundsatzentscheidung wie man mit diesem Thema umzugehen gedenke. Es müsse geklärt werden, ob Überschüsse sofort zurückgegeben oder Rückstellungen gebildet würden. Den Freien Wählern sei es bei diesem Thema nicht besonders wohl, da die klare Linie fehle. Er wirft die Frage auf, was man in den Jahren eins und zwei des Fünf-Jahres-Zeitraums mit Überschüssen mache und ob bis zum Jahr zwei oder drei Überschüsse rückgeführt würden. Gegenwärtig seien die Freien Wähler geneigt, es bei der bisherigen Praxis zu belassen und regten an, beim nächsten Jahresabschluss eine Entscheidung zu treffen. Er bitte, dann auch die fehlenden Prozentpunkte bei Darlehen anzugeben.

StRin Brunner meint, man müsse den Bürgern das geben, was den Bürgern gehöre. 2006 habe man mehr Gebühren gefordert, als benötigt worden wären. Sie fragt, wie sich die Situation 2007 darstelle.

StR Funk gibt zu verstehen, man diskutiere heute nicht über den Abwasserpreis und stimme der Vorlage zu. Man warte auf den Jahresabschluss 2007 und müsse sich dann mit dem Thema intensiv auseinandersetzen. Er fragt, wann dieser vorgelegt werde. Er äußert den Wunsch, den Jahresabschluss künftig in gebundener Form zu erhalten.

Frau Leonhardt antwortet, der Jahresabschluss 2007 sei fertig und liege beim Rechnungsprüfungsamt. Er könne erst nach der Prüfung förmlich festgestellt werden. Vorher könne man ihn allenfalls zur Kenntnis geben. Zur Gebührenkalkulation werde noch 2008 eine neue Vorlage im Rahmen des Wirtschaftsplans 2009 vorgelegt. Hierin sei das Ergebnis 2007 eingearbeitet.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Biberach stellt die Sonderrechnung für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Biberach und den hieraus entwickelten Jahresabschluss fest und fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Aufgrund von § 16 Abs. 3 EigBG wird der Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wie folgt festgestellt:**

1.1 Bilanzsumme	50.514.641,89 €
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
• das Anlagevermögen	49.879.182,57 €
• das Umlaufvermögen	635.459,32 €
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
• das Eigenkapital	0,00 €
• die empfangenen Ertragszuschüsse	14.359.007,46 €
• die Rückstellungen	800.582,61 €
• die Verbindlichkeiten	35.355.051,82 €
1.2 Gewinn- und Verlustrechnung	
• Jahresüberschuss	758.686,51 €
• Summe der Erträge	5.874.788,18 €
• Summe der Aufwendungen	5.116.101,67 €.

- 2. Der Jahresgewinn (Überschuss) von 758.686,51 € wird den Rückstellungen zugeführt und dient zum Ausgleich der für die nachfolgenden Wirtschaftsjahre möglicherweise zu erwartenden Verluste.**
- 3. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2006 entlastet.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 130/2008 zur Information vor.

StR Wiest führt aus, Biberach sei eine dynamische Stadt mit wirtschaftsstarken Betrieben, deren Erfolg sich in der Jahresrechnung widerspiegeln. Er mache dies an einer Zahl fest, nämlich den Geldanlagen in Höhe von 165,5 Mio. € inklusive Rücklagen und Rückstellungen. Dies sei eine enorme Summe, die so noch nie da gewesen sei. 2007 sei man sehr diszipliniert gewesen und habe die Mehreinnahmen der Rücklage als Risikovorsorge zugeführt, was künftigen Gemeinderäten Spielraum gebe. 2008 habe man sich einiges geleistet und sich auf hohem Niveau bewegt, wobei sicher jede Ausgabe gut angelegtes Geld sei. Man müsse aber künftig mehr daran denken, welche Belastungen langfristig erfolgten und was zur Entlastung künftiger Haushalte führen könne.

StRin Kübler stellt fest, die überplanmäßigen und außerplanmäßigen Mittel bewegten sich fast in der üblichen Höhe und meist seien sie erfreulich. Sie fragt, was unter den auf Seite 14 dargelegten Vollstreckungsstellen zu verstehen sei. Den Hinweis zur Zurückhaltung nehme man in die anstehenden Haushaltsberatungen mit.

StR Zügel lobt die sehr gute Darstellung in Anlage 6.

StR Späh meint, es handle sich um das vermutlich beste Jahresergebnis seit langem und vermutlich sei der Zenit überschritten.

StR Funk spricht von einem hervorragenden Jahresabschluss, gibt aber zu bedenken, dass man die Folgen hoher Gewerbesteuererinnahmen in zwei Jahren berücksichtigen müsse.

EBM Wersch gibt zu verstehen, zu den angesprochenen Vollstreckungsstellen werde er keine Vorlage vorlegen, solange nicht klar sei, dass diese einen Sinn machten, was noch einer verwaltungsinternen Klärung bedürfe.

Damit hat der Gemeinderat von der Jahresrechnung 2007 der Stadt Biberach Kenntnis genommen.

TOP 15.1 Verschiedenes: Fahrgastinformationssystem

StRin Kübler dankt für die schnelle Antwort auf ihre Schnellanfrage zum Fahrgastinformationssystem. Die Antwort habe sie jedoch ins Grübeln gebracht, da bisher erklärt worden sei, der Bahnhof sei für ein Fahrgastinformationssystem zu klein. Sie fragt, ob man eine Vorstellung von der deutschen Bahn bekommen könne.

Herr Rechmann kündigt an, jemanden einzuladen.

TOP 15.2 Verschiedenes: Europabeauftragte

StR Späh hat von Europabeauftragten in Kommunen gehört und fragt, ob es so etwas in Biberach gebe. Diese Aussage sei im Rahmen der EU-Wahl getroffen worden.

OB Fettback bezeichnet dies als wichtiges Thema. Die Zuständigkeit sei in Biberach gesplittet. Im Wesentlichen sei der Kulturbereich zuständig und in einzelnen Dingen die Fachämter. Man habe keinen Europabeauftragten. Frau Engelhardt versuche, die vorhandenen Fördertöpfe zu nutzen. Hierzu habe man Anträge gestellt und könne hierüber einmal kurz berichten.

TOP 15.3 Verschiedenes: Pkws in Fußgängerzonen

StRin Kapfer bringt vor, man könne in den Fußgängerzonen zunehmend Autofahrer feststellen. Vor allem in der Bürgerturmstraße bestehe ein reger Verkehr zum dortigen Kebab-Imbiss. Sie bittet dies zu überwachen.

Gemeinderat, 29.09.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
ohne TOP 11		
Vorsitzender:	EBM Wersch
TOP 11		
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	BM Kuhlmann